



PRESIDENCY 2012

# **KONFERENZ DER EUROPÄISCHEN REGIONALPARLAMENTE MIT GESETZGEBUNGESBEFUGNISSEN (CALRE)**

## **ERKLÄRUNG VON MÉRIDA**

Mérida, 29. und 30. November 2012

Die Präsidentinnen und Präsidenten der unten aufgeführten europäischen Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen:

- Parlamento de Extremadura
- Cortes de Aragón
- Cortes de Castilla y León
- Parlament de les Illes Balears
- Parlamento de Andalucía
- Parlamento de Canarias
- Parlamento de La Rioja
- Corts Valencianes
- Junta General del Principado de Asturias
- Asamblea de Madrid
- Consiglio regionale del Veneto
- Consiglio regionale del Trentino Alto Adige
- Consiglio regionale della Lombardia
- Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
- Parlement de la Communauté Française de Belgique
- Parlement de la Région de Bruxelles-Capitale
- Parlement Wallon
- Vlaams Parlement
- Landtag Steiermark
- Kärntner Landtag
- Oberösterreichischer Landtag
- Sächsischer Landtag
- Landtag Rheinland-Pfalz
- Assembleia Legislativa da Região Autónoma dos Açores
- Ålands lagting

haben an der 16. CALRE Plenarversammlung am 29. und 30. November 2012 in Mérida (Extremadura, Spanien) teilgenommen und die folgende Erklärung verabschiedet:

## ERKLÄRUNG VON MÉRIDA

Auf dem Weg zu Einheit, Zusammenarbeit und Transparenz im aktuellen Kontext von wirtschaftlicher Rezession und der Krise institutioneller Werte

### EINFÜHRUNG

In diesem Jahr wird der 15. Jahrestag der Unterzeichnung der Erklärung zur Gründung von CALRE in Oviedo begangen. Die Konferenz wurde aus der besonderen Sicht der parlamentarischen Institutionen mit dem Ziel gegründet, Möglichkeiten zur Beteiligung an der Errichtung der Europäischen Union zu fördern. Zu diesem Zweck will sich die CALRE grundsätzlich auf drei Wege konzentrieren. Der erste ist die Durchführung von Verfahren der parlamentarischen Überwachung und Kontrolle europäischer Angelegenheiten in jeder Region. Der zweite ist die Verbindung und die Kommunikation der parlamentarischen Ausschüsse und vor allem der Ausschüsse für Europäische Angelegenheiten der verschiedenen Parlamente. Und drittens geht es um die Errichtung von Kanälen für einen aktiven Austausch mit den jeweiligen nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

Nach diesem Zeitraum ist die Zeit für eine Reflexion darüber gekommen, zu **welcher Art von Forum die CALRE in Europa geworden ist, d.h. über ihre Rolle und Besonderheit** gegenüber den vielen anderen bereits existierenden Vereinigungen, die in der komplexen Organisationsstruktur sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch auf den verschiedenen institutionellen Ebenen ihrer Mitgliedstaaten entstanden sind, um sich mit europäischen Themen zu befassen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, aus der CALRE ein zukunftsweisendes Projekt zu machen, das die Erwartungen und Wünsche der ersten Konferenz in Asturien zu einem erfolgreichen Abschluss führt.

Allerdings sollte diese Selbstbeobachtung der Leistungen unter Berücksichtigung des aktuellen sozio-ökonomischen Kontexts erfolgen, die im Interesse der Suche nach effizienten Lösungen zu bekräftigen ist.

## I. DIE ROLLE DER CALRE IN EUROPA

### Regionale Parlamente in der Architektur Europas

Die Regionalisierungsbewegungen in Europa gehen zurück auf das Ende der 80er Jahre im Rahmen der sogenannten *subnationalen Mobilisierung*. Die regionale Dimension hat in der Europäischen Union erst zu einem relativ späten Stadium einen gewissen Raum eingenommen – ihre Anerkennung begann zunächst in ökonomischer Perspektive und verschob sich später zu einem mehr institutionellen Ansatz.

Die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen könnten in ihrer spezifischen politischen und institutionellen Stärke verwässert und unterschätzt bleiben, obwohl ihnen die politische Vertretung der entsprechenden Regionen obliegt und sie Inhaber der legislativen Macht im Rahmen ihrer Zuständigkeiten sind.

Dennoch führte der Vertrag von Lissabon dazu, auf allen politischen Ebenen ein neues Modell der Verantwortung und Governance in der Europäischen Union zu überdenken. Die Bedeutung der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen ist daher in Europa deutlich gestiegen und schließt eine aktive Teilnahme an den Gemeinschaftspolitiken ein.

Die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen setzen mehr als 70 % der Gesetzgebung der EU ohne den Umweg über die staatlichen Strukturen um, zudem ist die lokale und regionale Kapitalausstattung im aktuellen Kontext der Wirtschaftskrise zunehmenden Einschränkungen unterworfen. Daher setzt sich die CALRE in vollem Bewusstsein der Rolle ihrer Mitglieder im Gefüge von EU-Rechtsvorschriften für eine effizientere Nutzung der vorhandenen Ressourcen innerhalb eines kohärenten Rechtsrahmens ein.

### Regionale Parlamente und Subsidiarität

Der komplexe Kontext der gegenwärtigen ökonomischen Krise hat den europäischen Entscheidungsprozess seit Jahren beeinflusst. Heute drückt sich das oft in einem Trend zu mehr Zentralisierung aus, die allerdings die empfindlichen Untereinheiten, die die EU ausmachen, daran hindern könnten, adäquat zu kooperieren. Daher sollten die Regionalparlamente, auch aufgrund ihrer demokratischen Legitimation und ihrer Nähe zu ihren jeweiligen Bürgerinnen und Bürger, nicht ins Abseits gedrängt werden. Heute muss die Idee eines starken

und in seiner reichen Unterschiedlichkeit vereinigten Europa, eines Europa, das so nah wie möglich bei den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Problemen ist, mehr als je zuvor bekräftigt werden. Daher hat die Forderung nach Wahrung der Subsidiarität, die in der Arbeit der CALRE immer eine Rolle gespielt hat, heute eine noch größere Bedeutung.

Die CALRE bekräftigt dementsprechend die Tatsache, dass die Beteiligung der regionalen gesetzgebenden Versammlungen am Verfahren zur Überwachung des Subsidiaritätsprinzips wesentlich ist, um im europäischen Prozess der Entscheidungsfindung das optimale Maß an Transparenz und Effizienz zu garantieren, kurz gesagt, die Demokratie.

In diesem Jahr hat die Europäische Kommission zum ersten Mal einen Legislativvorschlag zurückgezogen und ist damit den Hinweisen der nationalen Parlamente nachgekommen, die die Nichteinhaltung des EU-Subsidiaritätsprinzips gerügt hatten.

Dies zeigt die Effektivität des Frühwarnsystems, das durch den Lissabon-Vertrag geschaffen wurde, und bestärkt die regionalen Parlamente darin, die europäischen Gesetzgebungsvorschläge nach Maßgabe der im Subsidiaritätsprinzip verankerten Bedingungen zu überwachen.

Die Präsidentinnen und Präsidenten sind der Ansicht, dass das Subsidiaritätsnetzwerk des Ausschusses der Regionen ein nützliches Instrument zur Förderung des Informationsaustauschs unter den europäischen Regionen im Monitoring-Verfahren hinsichtlich der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit darstellt, insbesondere über die REGPEX-Plattform.

Zu diesem Zweck ruft die CALRE die teilnehmenden Regionalparlamente dazu auf, dieses Instrument, das den Informationsaustausch hinsichtlich der Subsidiaritätsfrage zwischen ihnen erlaubt, zu nutzen, um auf diese Weise zum Inhalt europäischer Gesetzgebungsvorschläge, zu etwaigen Meinungsäußerungen anderer regionaler Parlamente oder zu sonstigen relevanten Dokumenten Zugang zu gewinnen.

Überdies ist die CALRE überzeugt, dass der Prozess der Vertiefung von Verbindungen zwischen den europäischen Regionalparlamenten mit Gesetzgebungsbefugnissen fortgesetzt werden sollte, um den Austausch von Informationen und best-practice-Beispielen zur Verteidigung des Subsidiaritätsprinzips zu erleichtern

und um letztlich gemeinsame Positionen in Bezug auf europäische Gesetzgebungsvorschläge zu entwickeln, die in besonderer Weise die Interessen der Regionen berühren.

## Demokratiedefizit, Zusammenarbeit und Transparenz

Die Existenz der regionalen gesetzgebenden Versammlungen hilft, einem der zentralen Kritikpunkte an der Europäischen Union entgegenzutreten, nämlich dem **Demokratiedefizit** in den Augen der Bürgerinnen und Bürger. Es ist unabdingbar, dass die Regionalparlamente als die verantwortlichen Organe, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten stehen, eine starke und aktive Rolle im Entscheidungsprozess der Europäischen Union einnehmen.

Auf der anderen Seite hat die **Ausübung der Politik** als Service für die Suche und die Verwirklichung von Freiheit und Gemeinwohl unter den Folgen des mangelnden Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in institutionelle Werte zu leiden.

Auf diese Weise unterstützt CALRE die Förderung der Verbesserung der Kanäle zur Beteiligung an der EU mit dem Ziel der Erreichung höherer Qualität, die darin liegt, dass die repräsentative Funktion der Regionalparlamente permanent unter Einbeziehung aller beteiligten Akteure durch **Zusammenarbeit** und durch **Transparenz** aktualisiert werden kann, um so essenzielle Voraussetzungen für die Wiedergewinnung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Über die **europäischen parlamentarischen Büros**, konzipiert als Körperschaften für den Dialog zwischen den politischen Repräsentanten, den Bürgerinnen und Bürgern und den Institutionen, ist es möglich, sich an Projekten zu beteiligen, die von ihren (jeweiligen) Regierungen initiiert wurden. Sie könnten einen effizienten Mechanismus bilden, um den Bürgerinnen und Bürgern einen unmittelbaren und ständigen Dienst zu bieten, Vorschläge und Anregungen zu sammeln, die sie als Einzelpersonen oder in kollektiver Weise machen, und den Nutzern Informationen über die politischen Aktionen geben, die durch ihre Vertreter initiiert wurden.

Das kommende Jahr 2013, in dem der 20. Jahrestag der Einführung der EU-Staatsbürgerschaft durch den Vertrag von Maastricht gefeiert wird, wurde zum **„Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“** erklärt. Eine große Anzahl von greifbaren Fortschritten, die einen direkten Einfluss auf das Leben von Mil-

tionen von Menschen haben, wurde erreicht. Allerdings gibt es noch einige Hindernisse, die beiseite geräumt werden müssen, um zu erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger durch Teilnahme an der EU-Politik ihre Rechte frei ausüben können. In diesem Bereich muss und möchte die CALRE eine Verpflichtung zu proaktiver Suche von Lösungen fördern, von der die Allgemeinheit profitiert.

So zeigt die CALRE ihr Interesse, sich aktiv an den Aufgaben zu beteiligen, die im Rahmen der **Feier des Europäischen Jahres** in Angriff genommen werden, um die Probleme aufzugreifen, die die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen, wie Arbeitslosigkeit, Einwanderung oder soziale Unterschiede.

## II. DIE CALRE ALS FORUM FÜR DEN DIALOG MIT DEN EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN UND EINRICHTUNGEN

### Das Europäische Parlament: Interparlamentarische Zusammenarbeit

Im Laufe der Zeit haben die EU-Verträge dem Europäischen Parlament eine bedeutendere Rolle zuerkannt. Jedoch hat die aktuelle Krise die Notwendigkeit neuer Wege zur Neuerfindung der EU zu Tage treten lassen, um auf diese Weise eine der herausragenden Aufgaben anzugehen: die Stärkung der demokratischen Legitimation.

In dieser Hinsicht begrüßt die CALRE den **Dialog mit dem Europäischen Parlament**, vor allem über seinen Präsidenten und seinen Ausschuss für Regionalpolitik, und empfiehlt dessen Fortsetzung durch Intensivierung der institutionellen Zusammenarbeit auf europäischer parlamentarischer Ebene.

Zusammenarbeit ist der Grundbestandteil des Parlamentarismus, der der heutigen Zeit entspricht.

Der moderne Parlamentarismus verlangt die Entwicklung neuer Konzepte wie dem „Offenen Parlament“, das auf der Einrichtung von Wegen der direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beruht. Diese übermitteln ihre Bedürfnisse und Sorgen den regionalen Parlamenten mit eigenen Gesetzgebungsbefugnissen, damit diese sie auch dem Europäische Parlament zugänglich machen und auf diese Weise die Distanz zwischen den europäischen Bürgerinnen und Bürger und den europäischen Institutionen verringert wird. Dieses Konzept zielt auf die Einrichtung interinstitutioneller Kommunikationswege ab, mit deren Hilfe die Re-

gionalparlamente die Besorgnisse der europäischen Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe von Instrumenten wie *Parliament 2.0* erfassen und an das Europäische Parlament weiterleiten.

Eine solche Art des Parlamentarismus, der in der Lage ist, mit einer Stimme zu sprechen und der die Perspektiven einer zukünftigen Arbeit in den wichtigsten Fragen der Union akzeptiert, muss der Wählerschaft vermitteln, dass die Empfehlungen, Kontrollen und Untersuchungen von jeder gewählten Kammer nur dann Sinn haben, wenn sie der Interdependenz der Probleme Rechnung tragen. Kurz gesagt, Ziel ist es, eine Kette von institutioneller Solidarität zu bilden, die den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlicht, dass ihre Stimmabgabe in Europa die gleiche Effizienz und Wirkung haben wird wie bei allgemeinen Wahlen.

In dieser Perspektive werden im Jahr 2014 die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Dies ist eine entscheidende Phase, die zur Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger für ein großes europäisches Projekt führen sollte, zur Verwirklichung einer authentischen politischen Union, die in der Lage ist, der Krise nicht nur mit Gesetzen, sondern vor allem mit europäischen institutionellen Mechanismen zu begegnen.

Am Ende des Tunnels der aktuellen Wirtschaftskrise steht die Hoffnung auf eine echte europäische politische Union und wendet sich damit gegen die zunehmende Kritik derjenigen, die gegen Europa und seine Institutionen sprechen. Somit ist die CALRE aufgefordert, die Bürgerbeteiligung bei den nächsten Europawahlen zu fördern, um die demokratische Legitimation der EU zu stärken.

Zu diesem Zweck könnte die CALRE aktiv die Mobilisierung der europäischen Bürgerschaft betreiben, um ein hohes Maß an Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei den Europäischen Wahlen zu verhindern. Beispielsweise könnte ein „Tag der offenen Tür“ organisiert werden, um die Errungenschaften des Europäischen Parlaments für alle Bürgerinnen und Bürger in den europäischen Regionalparlamenten zu organisieren; möglicherweise könnte man sich auch auf einen bestimmten Tag einigen, um in verschiedenen Parlamenten in Videokonferenzen den Leuten zu erklären, wie wichtig die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament 2014 ist und welche Auswirkungen die Politik dieser europäischen Kammer auf ihr tägliches Leben hat.

## Europäische Kommission

Die CALRE begrüßt die Bereitschaft der Europäischen Kommission zum Dialog mit den regionalen Gebietskörperschaften in einer frühen Phase des Prozesses der Ausarbeitung von Legislativvorschlägen und zur Diskussion des jährlichen Arbeitsprogramms der Kommission. Damit werden in Wahrung des Subsidiaritätsprinzips Möglichkeiten zur Teilhabe eröffnet, die denjenigen des genannten Frühwarnsystems vorausgehen.

Die Konferenz unterstreicht die Notwendigkeit, dass die Europäische Kommission die territoriale, konstitutionelle und kulturelle Vielfalt der Regionen Europas sowie die Besonderheiten jeder einzelnen von ihnen stärker berücksichtigt.

Die CALRE erhebt die Forderung nach einem territorialen Vorgehen, das auf dem **EU-Mehrebenensystem** basiert. In Anwendung der **Strategie Europa 2020** sollte das Budget der EU ausreichende Finanzinstrumente haben, um den neuen Zuständigkeiten der Union zu genügen und eine Strukturverbesserung erfahren, um die regionalen Gebietskörperschaften angemessen zu ertüchtigen und auszustatten.

Die Präsidentinnen und Präsidenten sind sich einig, dass die künftige **Kohäsionspolitik** das Prinzip des territorialen Zusammenhalts fördern und Europas territoriale Vielfalt mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Ebenen beachten sollte. Sie sollte sich auf alle Regionen erstrecken, dabei aber den größten Anteil der Zuweisungen auf die Konvergenzregionen konzentrieren, unbeschadet der Unterstützung der Zwischenregionen, die nicht mehr unter die Kriterien der Konvergenzregionen fallen, und dem Aufbau eines Sicherheitsnetzwerks für sie sowie der weiteren Unterstützung der Wettbewerbsregionen.

Schließlich fordert die CALRE ein einfacheres und effizienteres Management der Strukturfonds sowie einen Zuschnitt und eine Anwendung, Überwachung und Bewertung der zu entwickelnden Programme, die für die offizielle Beteiligung der lokalen und regionalen Einrichtungen offen sind.

Kurz gesagt bestätigt die CALRE ihre Bereitschaft zum Dialog mit der Europäischen Kommission zur Schaffung eines direkten Kommunikationskanals für die Anliegen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas, um sicherzustellen, dass sie ordnungsgemäß gehört werden und um so die Rolle privilegierter Vermittler annehmen zu können, um soweit wie möglich im Konsens zu errei-

chen, dass die Europäische Union in eine Zukunft der Sicherheit, des Frieden und der Wohlfahrt führt.

## Der Ausschuss der Regionen: der Hauptredner der Regionen in Europa

Die Kooperationsbeziehungen zwischen der CALRE und dem Ausschuss der Regionen haben eine lange Geschichte.

Die CALRE freut sich, in diesem Jahr eine vorläufige neue Vereinbarung erreicht zu haben, die in den gemeinsamen Aktionsplan integriert werden soll, welcher mit dem AdR abgeschlossen wurde, auch wenn sie derzeit lediglich auf eine Stärkung und Verbesserung der Kanäle der institutionellen Koordination und Kommunikation gerichtet ist, wobei die Notwendigkeit zu berücksichtigen war, gemeinsame strukturpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Beteiligung der regionalen Behörden in der europäischen politischen Debatte und im Prozess der EU-Entscheidungsfindung zu schaffen und ihre Ressourcen für eine größere Verbreitung der Informationen über die Europäische Union für die Bürgerinnen und Bürger insgesamt zu optimieren.

### **III. DIE CALRE UND DIE VERBESSERUNG DER KOORDINIERUNG MIT ANDEREN GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN, DIE REGIONALE INTERESSEN AUF EUROPÄISCHER EBENE VERTRETEN: MEHRSTUFIGE INSTITUTIONELLE ARCHITEKTUR**

Der integrierte und koordinierte Ansatz stärkt die Wirksamkeit. Die gegenseitige Bereicherung und Vergleichbarkeit trägt zum Ziel bei, die Fragmentierung der Nachrichten, die wir den Bürgerinnen und Bürgern nahe bringen möchten, zu reduzieren.

Die Verbesserung unserer Effizienz als Institutionen, die die regionale Souveränität repräsentieren, ist der beste Nachweis unserer Fähigkeiten, um als Bezugspunkt im Bottom-up-Entscheidungsprozess auf europäischer Ebene und für die weitere Stärkung der regionalen Dimension in Europa zu dienen.

Die Präsidentinnen und Präsidenten stimmen in der Tatsache überein, dass die Entwicklung grenzüberschreitender und transnationaler Programme oft dazu beigetragen hat, institutionelle Trägheit zu überwinden und sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zu schaffen. Deshalb begrüßen sie die Verein-

barung zur Zusammenarbeit zwischen der CALRE und **AEBR** (Association of European Border Regions; *Vereinigung der Europäischen Grenzregionen*), die Stärkung der bereits bestehenden Verbindungen mit dem **Kongress der Gemeinden und Regionen Europs** und die Pflege der Beziehungen zu **REGLEG** (Konferenz der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen). Sie glauben, dass der europäische Regionalismus von diesen Vereinbarungen profitiert.

Daher bestätigt die CALRE ihre Entschlossenheit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen auf den verschiedenen Kompetenzebenen in der Erkenntnis, dass es gemeinsame Tätigkeitsbereiche gibt, die zu gemeinsamen Aktivitäten führen können und durch bessere Nutzung auch zu positiven Synergien und erheblichen Einsparungen bei Energie und Ressourcen.

#### **IV. DIE CALRE UND DIE FÖRDERUNG DES REGIONALEN INSTITUTIONELLEN MODELLS**

Die regionalen gesetzgebenden Versammlungen gelten wegen ihrer Anpassungsfähigkeit an die örtlichen Bedürfnisse und ihrer starken Verbindung mit der europäischen Geschichte als ein institutionelles Modell für ganz Europa.

Die CALRE erklärt sich bereit, die Regionalisierung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union angemessen zu fördern und die betreffenden Regionen zu ermuntern, Gesetzgebungskompetenzen zu entwickeln.

Die Präsidentinnen und Präsidenten glauben, dass die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit, die zu Verbindungen zwischen den Regionen der derzeitigen Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern werden, insbesondere auf der Ebene der regionalen Parlamente, einen wertvollen Beitrag zur Annäherung und Integration dieser Staaten in die Union leisten könnte.

Die CALRE ist bereit, bei der Förderung des institutionellen Modells der Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen mit Projekten der institutionellen Entwicklung zu helfen, wie etwa durch den Kongress, sowie die Bildung von Netzwerken parlamentarischer Zusammenarbeit zu unterstützen.

Auf der anderen Seite will die CALRE den laufenden Dialog mit den Parlamenten der amerikanischen Staaten festigen, der auf den Erfahrungen und Kontakten zwischen den europäischen Parlamenten mit Gesetzgebungsbefugnissen basiert,

indem ein Kommunikationskanal eingerichtet wird als Beitrag der Parlamente zu einem besseren transatlantische Verständnis und Dialog.

## **V. GRUNDHALTUNG DER CALRE: Das Prinzip der Einheit und der Zusammenarbeit unter den Europäischen Parlamenten mit Gesetzgebungsbefugnissen**

Die Präsidentinnen und Präsidenten bringen ihre Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass die gemeinsame und abgestimmte Aktivität der CALRE in den letzten Jahren substantielle Fortschritte gebracht hat.

Die CALRE ist der Auffassung, dass es notwendig ist, die Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern zu verstärken, um die wechselseitige Wahrnehmung zu verbessern, den Austausch von Erfahrungen zu unterstützen, gemeinsame Projekte zu initiieren und Strategien zu entwickeln, die darauf abzielen, die regionalen Gebietskörperschaften bei der Förderung des Wachstums einer europäischen Kultur zu unterstützen.

Um die Bindungen zwischen den Mitgliedern der CALRE zu stärken, ist es notwendig, die Bedeutung der Tätigkeit in den Arbeitsgruppen hervorzuheben. Die Ergebnisse ihrer Arbeit tragen zum gemeinsamen Nachdenken über Fragen von bedeutendem Interesse für die Regionen bei und helfen bei der Etablierung ihrer gemeinsamen und integrierten Stellung bei den europäischen Institutionen.

Das Engagement und die Allianz aller europäischen Regionalparlamente bieten eine der besten Strategien zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Ausführung nützlicher Politiken für die Bürgerinnen und Bürger.

Kurz gesagt muss die CALRE weiterhin auf Aktionseinheit, Koordinierung der Kräfte und Konvergenz der Bemühungen setzen als Prämissen, die die Ziele und die Mittel ihrer Erfüllung definieren.

## **VI. SCHLUSSFOLGERUNGEN**

- ★ Die CALRE stellt fest, dass die Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen die erforderliche Legitimität haben, um **aktiv am Entscheidungsprozess der Europäischen Union teilzunehmen**, und ist sich bewusst, dass noch viel zu

tun ist, um die besten Rahmenbedingungen für ein Regierungshandeln auf mehreren Ebenen innerhalb des EU-Systems zu erreichen und ist ferner überzeugt, dass die Rolle der Parlamente in diesem Zusammenhang verbessert werden kann.

- ★ Die **Beteiligung der Regionalparlamente auf der Gemeinschaftsebene ist wichtig, um die Europäische Union mit genügend demokratischer Legitimität auszustatten**. Daher sollten die notwendigen Voraussetzungen für sie geschaffen werden, um ihre Aufgaben effektiv wahrnehmen zu können und Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Informationen mit dem Ziel einzuführen, die entsprechende politische Verantwortlichkeit im Entscheidungsprozess mitzutragen.
- ★ Im aktuellen Kontext von Wirtschaftskrise und Wertewandel, die viele Länder betreffen, ist es wichtig, die Rolle der Parlamente als direkter Vertretung der Volkssouveränität zu stärken. Daher ist es notwendig, Wert **auf die Umsetzung der Politik zu legen, um sicherzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger – anstatt es als Problem** zu sehen – verstehen, dass Parlamente ein wichtiges Instrument zur Lösung der täglichen Probleme im Dienste der Gesellschaft sind.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass wir uns alle vornehmen, mehr zur Förderung der Transparenz bei der parlamentarischen Arbeit zu unternehmen, unsere Gesetzgebungsinstitutionen für Bürgerinnen und Bürger zu öffnen und dies durch die Anwendung der Grundsätze „guten Regierens“ und von Leitbildern zu unterstützen.

Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 bietet eine exzellente Gelegenheit, solch „gutes Regieren“ und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im demokratischen Prozess zu fördern. Die CALRE unterstreicht dabei ihre Verpflichtung einer aktiven Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament, um diese Initiative zum Erfolg zu führen.

- ★ Nach Auffassung der CALRE ist **Teilnahme** nicht nur ein Raum für Dialog, für Sprechen und Hören, sie **sollte vielmehr auch die Existenz von Räumen der Zusammenarbeit ermöglichen**. Die Parlamente haben die Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger über die parlamentarischen Verfahren und die Entscheidungsfindung zu informieren und aktiv einzubinden, damit Volksvertretung effizient ist.

Als ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist es wichtig, die Nutzung von PC-

Technik und Telekommunikationsgeräten zu verbessern, um den Austausch von Informationen zwischen den verschiedenen Parlamenten zu erleichtern sowie die Möglichkeit der Interaktion zwischen Abgeordneten verschiedener Parlamente und deren Gremien durch Nutzung sozialer Netzwerke zu fördern.

- ★ Die CALRE bekräftigt, dass die **Stärkung der europäischen Regionalparlamente** dazu beiträgt, die politische Einheit zu gewährleisten.

Die Regionalparlamente sind eingeladen, eine aktivere Rolle im Prozess der europäischen öffentlichen Meinungsbildung zu übernehmen, denn sie verfügen über ein beträchtliches Kapital im Hinblick auf Bürgernähe ebenso wie beim **Subsidiaritätsprinzip**; beides sollte im Rahmen der Diskussionen über die Zukunft der Europäischen Union gebührend berücksichtigt werden.

- ★ Die CALRE ist sich des Nutzens des **Austauschs von „best-practices“ auf interregionaler Ebene** im Hinblick auf das Ziel der Verbesserung von Informationsaustausch und Kommunikation bewusst, um so das Engagement für die demokratischen Grundsätze zu verstärken.
- ★ **Interparlamentarische Zusammenarbeit** ist ein erfolgreicher Mechanismus für die schrittweise Bildung einer öffentlichen Meinung und eines einheitlichen europäischen politischen Raums; auf diese Weise kann eine langfristige politische Meinungsbildung erfolgen.
- ★ **Einheit und Dialog** sind über Ideologien hinaus Grundvoraussetzungen, um gegen das Gefühl, nicht ausreichend repräsentiert zu sein, zu kämpfen und mehr Raum für Bürgerbeteiligung zu gewinnen, wie die Zivilgesellschaft es verlangt.

Die Herausforderung dieser Tage für die gesetzgebende Gewalt liegt in der **Anpassung der institutionellen Antworten und der Instrumente der parlamentarischen Vertretung**, um sich auf die neuen Anforderungen, die vor allem von der lokalen Ebene kommen, besser einstellen zu können.

Behörden müssen in der Lage sein, die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger in stärkerem Maße aufzunehmen, daher muss die Rolle der Parlamente in demokratischen Staaten als Interessenvertreter gestärkt werden, insbesondere durch die Schaffung von Mechanismen für Bürgerbeteiligung, für mehr Verantwortlichkeit der Behörden und für mehr Raum für den Dialog zwischen den

Volkstretretern und ihren Wählern.

Abschließend wird der Präsident, der die Konferenz organisiert hat, beauftragt, die genehmigten Dokumente allen betroffenen Institutionen zuzuleiten.

